



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Martin Böhm, Christian Klingen, Gerd Mannes, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Klimaideologie stoppen III – für eine Trendwende in der EU-Klimapolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für eine grundsätzliche Kurskorrektur der EU, weg von nachweislich unwirksamer Klimaschutzpolitik und Dekarbonisierung, hin zu einer wohlstandssichernden und krisenfesten Politik einzusetzen. Hierfür müssen Entscheidungskompetenzen wieder auf nationale Ebene transferiert werden, um die EU-weite sog. Klimaschutzgesetzgebung durch sinnvolle nationale Umweltbestimmungen zu ersetzen.

Begründung:

Die Folgen durch die Corona-Krise nehmen nach sämtlichen Prognosen historische, bisher unbekannte und gefährliche Dimensionen an. Besonders problematisch ist hierbei, dass die Krise durch eine seit Jahren fehlgeleitete und zentralistische EU-Politik in ihren Folgen noch viel schärfer zu Tage tritt, als das mit einer robusten und national angepassten Politik der Fall gewesen wäre.

Eine Schrumpfung der Wirtschaft im zweistelligen Bereich ist wahrscheinlich, je nach Dauer der Maßnahme ist mit Wertschöpfungsverlusten auf Bundesebene von über 700 Mrd. zu rechnen, Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger rechnet mit bis zu 1,8 Mio. Kurzarbeitern in Bayern und Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Füracker erklärte in einer Pressekonferenz, dass man nach Maßzahlen des Bundes in Bayern mit etwa 5 Mrd. Euro Steuerausfällen rechnen müsste.

Um diesen drastischen Einbrüchen spürbar entgegenzuwirken, die Wirtschaft zu stabilisieren, Arbeitsplätze zu sichern und die Ökonomie langfristig wieder auf Wachstumskurs zu bringen, ist ein grundsätzliches Umdenken im Bereich der Klimapolitik notwendig. Die derzeit verfolgte „klimaneutrale Transformation“ ist nicht nur realitätsfern, sondern fördert soziale und wirtschaftliche Verwerfungen. Zudem geht sie zu Lasten der lokalen und globalen Biodiversität, indem Lebensräume vieler Arten durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien zerstört werden.

Die von der EU forcierten sogenannten „Klimaschutzmaßnahmen“ bilden in Verbindung mit den Corona-Beschränkungen eine nicht hinnehmbare Belastung für die heimische Wertschöpfung. Entscheidungskompetenzen müssen wieder auf nationale Ebene transferiert werden, damit die von der Corona-Krise betroffenen Mitgliedstaaten eigene, von der EU unabhängige, Entscheidungen zur Stärkung ihrer individuellen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten treffen können.